



Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol

Grundlagenarbeit, Maximilianstraße 7, A-6020 Innsbruck
Tel: 0800/22 55 22-1155
grundlagenarbeit@ak-tirol.com, www.ak-tirol.com

BUNDESARBEITSKAMMER
Prinz-Eugen-Straße 20-22
1040 Wien

G.-Zl.: GLA-2023/59/MAFL/MAFL
Bei Antworten diese Geschäftszahl angeben.

Mag. Manuel Flür, M.Sc.

DW: 1153

Innsbruck, 04.04.2023

Betrifft: VO Kritische Rohstoffe

Bezug: Ihr Schreiben vom 11.04.2023
Zust. Referentin: Lisa Mittendrein

Sehr geehrte Frau Kollegin Mittendrein,

die Arbeiterkammer Tirol bedankt sich für die Übermittlung des gemeinsamen Entwurfs der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments, des Rates, des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Europäischen Ausschusses der Regionen über die sichere und nachhaltige Lieferung von Kritischen Rohstoffen und nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung, zunehmender Industrialisierung, Digitalisierung und den Anstrengungen in Bezug auf Klima- und Umweltschutz wird die Nachfrage nach Rohstoffen sowohl in Ländern des globalen Nordens als auch globalen Südens kontinuierlich zunehmen. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geht in einer Prognose davon aus, dass sich die aktuelle weltweite Rohstoffnachfrage von heute 79 Milliarden Tonnen auf knapp 170 Milliarden Tonnen im Jahr 2060 mehr als verdoppeln wird.¹ Mit steigender Nachfrage nimmt auch das globale Wettrennen, um die vorhandenen Ressourcen zu. Für die EU und ihre Klimaziele ist aber eine kontinuierliche Versorgung von Rohstoffen essentiell. Ein wesentliches Augenmerk wird dabei auf kritische Rohstoffe

¹ OECD (2019): Global Material Resources Outlook to 2060: Economic Drivers and Environmental Consequences, OECD Publishing, Paris.

gelegt, welche für strategische Entwicklung von Sektoren, wie etwa erneuerbare Energien, Elektromobilität, Digital-, Weltraum- und Verteidigungssektor unabkömmlich sind.

Im Rahmen einer Studie der EU wurden von insgesamt 83 Einzelrohstoffen 30 als kritisch eingestuft.² Unter diesen Rohstoffen findet sich beispielsweise Lithium und Kobalt welche für die Elektromobilität notwendig sind, ebenso wie Bauxit für die Aluminiumherstellung oder Wolfram für die Telekommunikationsindustrie.

Der vorliegende Entwurf stellt dar, wie die Europäische Union beabsichtigt im Bereich der kritischen Rohstoffe zu agieren, um deren nachhaltige und sichere Lieferung zu garantieren. Dabei fußt die Strategie auf drei Säulen:

1. Ausbau der Gewinnung kritischer Rohstoffe in der EU
2. Verstärkung der Diversifikation und Suche nach geeigneten Partnern
3. Stärkung nachhaltiger Beschaffung und des Kreislaufgedankens

A. Ressourcenreduktion forcieren

Der Entwurf sieht keine Ansätze zur Reduktion des Ressourceneinsatzes vor. Die oben genannte Studie der OECD zeigt eindrücklich auf, welchen aktuellen und zukünftigen Ressourcenverbrauch die Weltwirtschaft hat. Auf einem endlichen Planeten kann der Ressourcenbedarf jedoch nicht endlos steigen, weshalb die Europäische Union auch am Stellrad des Ressourcenverbrauchs drehen muss, um zukunftsfit agieren zu können. Daneben bedarf es einer konsequenten Strategie zur Förderung des Recyclings. Im aktuellen Entwurf wird Recycling zwar erwähnt, die für 2030 anvisierte Recyclingquote von 15 % ist aber angesichts der vielfältigen Herausforderungen deutlich zu wenig ambitioniert. Insbesondere wenn man sie in Bezug zur angestrebten 10 % Quote der Eigengewinnung von kritischen Rohstoffen innerhalb der EU setzt.

B. Verfahrensbeschleunigung für Rohstoffproduktion kritisch

Die EU plant für strategische Projekte im Bereich der Rohstoffgewinnung eine Genehmigungsphase von nicht länger als 2 Jahre. Die Mitgliedsstaaten sind dahingehend aufgerufen, die Behörden entsprechend personell auszustatten. Auch sollten die Länder spezielle Ausweisungen für Rohstoffgebiete in Planunterlagen vornehmen, um frühzeitig Landnutzungskonflikten entgegenzuwirken. Die Arbeiterkammer Tirol unterstützt diesen Vorschlag der EU grundsätzlich, gibt aber

² Europäische Kommission (2020): Studie zur EU-Liste kritischer Rohstoffe

zugleich zu Bedenken, dass es durch die Vorgabe einer Genehmigungsfrist zu einer Gefährdung der hohen Standards im Bereich des Parteienghört sowie des Umweltschutzes kommen könnte. Diese müssen jedenfalls gewährleistet bleiben, um auch die Akzeptanz bei den Menschen vor Ort zu gewinnen. Aus österreichischer Sicht müsste neben ausreichendem Personal auch der notwendige Sachverständigenpool kontinuierlich ausgebaut werden und von Seiten der Behörden klare Vorgaben an die Projektwerber:innen ergehen.

C. Geplantes Monitoring von Lagerständen ist positiv – im Krisenfall ist der Allgemeinheit Vorrang einzuräumen

Die EU plant, bei kritischen Rohstoffen die Abhängigkeit von einem einzelnen Staat auf maximal 65 % der jährlichen Bedarfsmenge zu beschränken. Angesichts der aktuellen Situation, in der viele kritische Rohstoffe teils zu über 80 % aus China stammen, ist das ein sicherlich anspruchsvolles Ziel. Zugleich zeigt es, dass auch bei Zielerreichung große Abhängigkeiten einzelnen Staaten gegenüber bestehen bleiben werden. Betrachtet man den EU Bericht zu den kritischen Rohstoffen, so zeigt sich deutlich, dass viele kritische Rohstoffe aus politisch instabilen oder autokratisch geführten Staaten stammen, wie beispielsweise die Demokratische Republik Kongo oder Russland.

Die Arbeiterkammer Tirol begrüßt daher den vorgeschlagenen Ansatz, die vorhandenen Lagerbestände in der Union zu koordinieren und zu überwachen. Es sollte der EU jedoch auch möglich sein, konkrete Lagerquoten für kritische Rohstoffe, wie es aktuell bei Gas der Fall ist, vorzugeben. Eine damit verbundene Fragestellung ist die Verteilung von Rohstoffen in Krisenfällen. Dahingehend unterstützt die Arbeiterkammer Tirol die Ansicht der Bundesarbeitskammer, dass jenen Bereichen Vorrang eingeräumt werden muss, die der Allgemeinheit, wie etwa dem ÖPNV oder dem Ausbau erneuerbarer Energien, zu Gute kommen. Die EU hat zudem sicherzustellen, dass auch im Krisenfall beim Erwerb von kritischen Rohstoffen, Mindeststandards in den Bereichen Soziales und Umwelt eingehalten werden.

D. Expertise ausweiten beim Critical Raw Materials Board

Die EU möchte mit der Gründung eines Boards die Expertise im Bereich kritischer Rohstoffe bündeln. Vorgesehen sind vor allem die Analyse der Märkte, das Handling der Lagerstände, die Unterstützung bei strategischen Projekten sowie ein angemessenes Risk-Management. Hierzu werden auch verschiedene Untergruppen eingerichtet. Aus Sicht der Arbeiterkammer Tirol fehlt hier eine Gruppe, die sich explizit mit dem Thema Nachhaltigkeit (Soziales und Umwelt) im Bereich der

Beschaffung beschäftigt. Angeregt wird zudem, dass im Bereich des Risk-Managements auch das Thema Klimawandelfolgen aufgegriffen wird, um mögliche Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit frühzeitig festzustellen. Nicht außer Acht gelassen werden dürfen zudem die, in den Beschaffungsprozess eingebundenen Logistikketten, auch diese müssen entsprechend überwacht und in einer Risikoevaluierung beachtet werden. Weiters unterstützt die Arbeiterkammer Tirol das Ansinnen der Bundesarbeitskammer, dass es insbesondere im Hinblick auf die von der EU anvisierte starke Verankerung des Nachhaltigkeitsgedankens unumgänglich ist, die Interessensvertretungen der Arbeitnehmer:innen und Vertreter:innen der Zivilgesellschaft einzubinden.

E. Partnerschaften auf Augenhöhe gefordert

Die Entwicklung von strategischen Partnerschaften wird grundsätzlich positiv gesehen. Insbesondere der Ansatz der EU, die Kooperation entlang der Wertschöpfung zu forcieren und somit in den rohstoffreichen Ländern zu einer wirtschaftlichen Gesamtentwicklung beizutragen. Wenig verständlich ist hier aber, wie auch die Bundesarbeitskammer aufzeigt, dass die EU massiv gegen Exportbeschränkungen und Eigenverarbeitungs-Zielen von rohstoffreichen Ländern vorgeht und selbst protektionistisch gegenüber Drittstaaten agiert. Es ist daher sicherzustellen, dass die EU eine Partnerschaft auf Augenhöhe anvisiert und die rohstoffreichen Länder nicht mehr wie bis dato als Werkbank betrachtet. Weiters muss die EU sicherstellen, dass, im Rahmen der Partnerschaften und Verträge, Korruption verhindert wird und Umwelt- und Sozialstandards eingehalten werden. Dahingehend muss die EU auch die Nachhaltigkeitskapitel ihrer bestehenden Handelsabkommen neu schreiben und Sanktionsmöglichkeiten schaffen, sowie das betreffende Kapitel in neuen Handelsabkommen verbessern. Die Arbeiterkammer Tirol als auch die Bundesarbeitskammer Wien stellen in den Stellungnahmen zum neuen Nachhaltigkeitskapitel der EU bereits deutlich dar, dass hier Nachbesserungen dringend erforderlich sind, um Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards zu garantieren.

F. Transport und Logistik mitdenken

Die Europäische Union hat im Zuge der Beschaffungsstrategie dafür Sorge zu tragen, dass auch im Bereich des Transports von kritischen Rohstoffen sämtliche Kriterien in Bezug auf Menschenrechte, internationale Arbeitsnormen sowie Umweltstandards eingehalten werden. Der Logistikbereich wird im aktuellen Entwurf aber kaum berücksichtigt.

Abschließend sei festgehalten, dass die Europäische Union in Bezug auf eine grüne und digitale Transformation weltweit eine Vorreiterrolle einnehmen kann und aus Sicht der Arbeiterkammer Tirol auch muss. Diese Transformation darf aber nicht auf den Rücken rohstoffreicher Drittländer erfolgen, die dadurch in ihrer Entwicklung gehemmt oder gar blockiert werden. Dies verlangt auch das Eigeninteresse der Europäischen Union. Angesichts der multiplen Krisen, muss es ein erklärtes Ziel der EU sein, die Länder des globalen Südens in ihren Strukturen zu stärken, um künftige Failed States und die dadurch verursachten Versorgungsengpässe sowie potenziellen Flüchtlings- und Migrationsströme zu verhindern. Die Zusammenarbeit darf daher nur auf Basis international anerkannter Normen, Werte und Zielsetzungen im Sozial- wie Umweltbereich geschehen.

Wir ersuchen Sie, unsere Position in der Stellungnahme der Bundesarbeitskammer zu berücksichtigen und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Der Präsident:



Erwin Zangerl

Der Direktor:



Mag. Gerhard Pirchner

